

INFOBRIEF



friedensarbeit

in der evangelischen Landeskirche in Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Einführung zum Infobrief	Seite 1
Wortlaut der Erklärung	Seite 2
Pressemitteilung zur Erklärung	Seite 3
Bericht über eine Unterschriftenaktion in Gomaringen gegen Rüstungsexporte	Seite 4
Kirchengemeinden sollen sich gegen Atomwaffen stark machen	Seite 4
Handreichung „Tod – Made In Germany?“	Seite 4
Beitritt der Landeskirche zur „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“	Seite 5
EBCO: „Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss auf europäischer Tagesordnung bleiben“	Seite 6
Verstetigung der Servicestelle Friedensbildung	Seite 6
Schorndorfer Memorandum	Seite 7
Friedensethische Aspekte aus der Menschenrechtsfrage	Seite 8
Pilgrimage des Friedensteam Esslingen nach Coventry zur Nagelkreuzgemeinschaft	Seite 11
Innovationspreis Kreisbildungswerk Stuttgart	Seite 12
Den Graben zu den Friedenskirchen überwinden	Seite 12
Ein Bitt-Gottesdienst für den Frieden	Seite 13
Frühjahrskonvent 2017	Seite 15
Herbstkonvent 2017	Seite 15
Veranstaltungshinweise (Auswahl)	Seite 16
Konvente der Friedensarbeit	Seite 16

Einführung zum Infobrief

Liebe Leserinnen und Leser, zunächst wünsche ich Ihnen den Frieden unseres Herrn Jesus Christus, der tragen kann und motiviert, wenn auch um uns herum Unfriede ist. Zwischen Weihnachten und Neujahr war ich unterhalb der Kirche in Deckenpfronn im Kreis Böblingen am Kriegerdenkmal. Dort las ich:

*„Ihr war't treu bis in den Tod.
Solch Treu' bleibt unvergessen.
Unser Schmerz ist unermessen.
Doch ihr kamt zur Ruh in Gott.
Weil ihr treu war't bis in Tod.“*

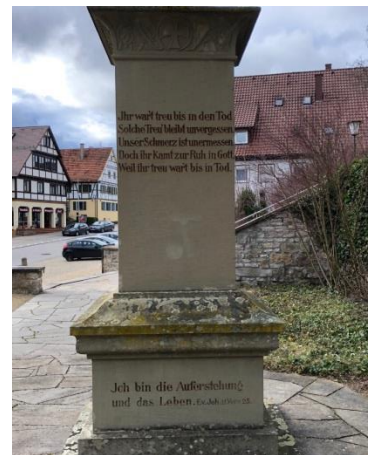
Es ist eine Anspielung auf Offenbarung 2,10c *„Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben.“* Dieses Wort findet sich vielfach

im Land und rückt die Gefallenen in die Nähe christlicher Märtyrer. Offensichtlich ist, dass die schon im 1. Weltkrieg herrschende Denke auch denkmalbildend nach 1945 gewesen ist. Heute kann sich jedes Kind dort ein falsches Gedankengut und theologisch fatale Implikationen aneignen, weil der Informationsgehalt aus sich heraus missverständlich ist. Ob sich mit solch einem Spruch auch die ISIS-Kämpfer identifizieren könnten, die in ihrem vermeintlich gerechten Krieg gegen die Ungläubigen für Allah bereit sind, in den Tod zu gehen?

2018 haben wir das 100-jährige Ende des 1. Weltkriegs und es wird Zeit, manches zu überdenken. Auch 500 Jahre nach der Reformation werden Altlasten unkommentiert weiter tradiert. Es braucht eine Diskussion über unsere wertvollen „KriegsDENKMA(e)Lern“ aber auch über Artikel 16 der Confessio Augustana, der ebenfalls unkommentiert im Gesangbuch abgedruckt wird und in dem im Prinzip Kriegsdienstverweigerer und Kriegsdienstverweigerung nach wie vor mit Bann belegt werden.

Die Evang. Landeskirche in Württemberg hat in Friedensfragen einen wichtigen Schritt getan. Die Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten ist seit dem letzten Infobrief verabschiedet und im März 2017 von unserem Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July abgegeben worden. Der Erklärungstext ist in diesem Infobrief abgedruckt. Es geht dabei um mehr als Rüstungsexportfragen.

Eine Handreichung hierzu wurde inzwischen vom Friedenspfarramt herausgegeben und findet breites Interesse. Auf



diesem Prozess aufbauend haben die Synodalen mehrheitlich dafür gestimmt, dass unsere Landeskirche der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ beitreten solle. Unsere Landeskirche befreit sich theologisch fundiert von falschen Denkmustern. Es geht darum in einen positiven Prozess zu kommen. Deshalb nochmals zurück zu den Denkmälern: Solche Denkmäler zu zerstören oder die Schriften auszulöschen wäre meines Erachtens fatal. Doch man müsste ergänzende Tafeln anbringen wie: *„Die Evangelische Kirche in Württemberg und die Kommune XY distanzieren sich von denen im obigen Text implizierten Denkmustern. Dieses Denkmal ist eine bleibende Mahnung, dass Religion, Gutgläubigkeit und die Bereitschaft zu staatsbürgerlichen Treue missbraucht werden kann. Dieses Denkmal ist auch ein Hoffnungszeichen. Menschen und Gesellschaften mit falschem oder extremem Gedankengut können sich positiv verändern, wenn die Grundsätze der Menschenrechte zur Geltung kommen. Allen Opfern der Gewalt, auch denen in ihrem Denken verführten, wird mit bleibendem Respekt gedacht. Erst so wurde die Notwendigkeit zur Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte 1948 sichtbar, auf deren Grundsätzen die Deutsche Verfassung ruht.“*

Das wäre ein behutsamer Eingriff in die Denkmalkultur. Die Chance wäre gegeben, dass Schüler/innen, Konfirmand/innen und Spaziergänger/innen NACHdenken und nicht mehr kopfschüttelnd davor stehen. Friedensbeauftragte, Friedensinteressierte und Friedenskreise können Diskussionsprozesse zu Friedensfragen lokal beginnen. Die Sache mit den Denkmälern ist eine aktuelle Frage. In diesem Infobrief wird sichtbar, wie es auch andere Möglichkeiten gibt, die Friedenthemen in der Gesellschaft wach zu halten. Die Erklärung der Landeskirche jedenfalls drängt die Kirchenbezirke, die Kirchengemeinden und uns alle, sich Gedanken zu machen.

Wortlaut der Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten

Der Landesbischof wird gebeten, die beiliegende Erklärung abzugeben:

1. Was wir sehen

In zahlreichen Ländern der Welt toben Kriege oder bewaffnete Konflikte. Deutschland ist weltweit einer der größten Waffenexporteure. Dimension und Problematik von Rüstungsexporten wurden in jüngster Zeit besonders deutlich durch die Flucht von etwa 65 Millionen Menschen vorwiegend aus Kriegsgebieten. In Deutschland nahm der Wert der Genehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern und Kriegswaffen von 2014 auf 2015 in Euro um fast 100 % zu, im ersten

Halbjahr 2016 um weitere gut 16 % gegenüber demselben Zeitraum 2015 (Rüstungsexportbericht der Bundesregierung Deutschland 2015, Stand Juni 2016 und Stand Oktober 2016).

2. Was wir glauben

Gott will und schafft Frieden. Durch die gesamte Bibel ziehen sich die Verheißungen vom Friedensreich Gottes. Zugleich zeichnet die Bibel das realistische Bild einer Welt voller Sünde, Gewalt und Krieg, in die wir alle tief verstrickt sind. Gottes Reich des Friedens und der Gerechtigkeit ist noch nicht vollendet.

Jesus Christus ist in dieser Welt den Weg der Gewaltfreiheit gegangen – er ist unser Friede und der Friede der ganzen Welt (vgl. Epheser 2,14). Wir vertrauen und gehorchen der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt. Die Barmer Theologische Erklärung erinnert daran, dass der Staat in dieser Welt unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen hat (gemäß These 5 der Barmer Theologischen Erklärung von 1934). 1948 bezeugte der Weltrat der Kirchen bei seiner Gründung: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“. Im Geiste Jesu sollen wir Frieden fördern, auf eine Verringerung von Gewaltanwendung hinarbeiten und lernen, Konflikte mit zivilen Mitteln zu lösen.

3. Was wir fordern

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg tritt für gewaltfreies Handeln ein und fördert die Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung entsprechend der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007). Das bedeutet zum einen Vermeidung oder Verminderung militärischer Gewalt, zum anderen einen Ausbau friedenschaffender und -erhaltender Maßnahmen. Konkret heißt dies:

- Beschränkung von Waffenexporten
Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter sollen grundsätzlich nicht exportiert werden, ebenso wenig wie Lizenzen für ihre Produktion. Ausnahmen von dieser Regel sind vor der Entscheidung und öffentlich zu begründen. Der Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in Krisengebiete ist konsequent daraufhin zu prüfen, inwieweit durch die Exporte nicht das Risiko rechtloser Gewalt befördert wird.

- Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken

Kleinwaffen sind die „Massenvernichtungswaffen“ der Gegenwart. Ihr Export für militärische Zwecke ist zu verbieten und das Verbot effektiv zu kontrollieren. Wir sehen aber auch, dass z. B. die Polizei in anderen Ländern auf eine Ausstattung mit Waffen angewiesen ist. Eine Waffenlieferung für polizeiliche Zwecke ist nur in stabile staatliche Verhältnisse, die nach Grundsätzen demokratisch legitimer rechtsstaatli-

cher und effektiver Regierungs- und Verwaltungsführung unter Beachtung der Menschenrechte funktionieren, vorstellbar. Es gibt jedoch kein gesichertes Verfahren, den Endverbleib dieser Waffen zu überwachen.

- **Stärkung von Friedensbildung und ziviler Konfliktbearbeitung**

Ansätze der Friedensbildung, der Friedenspädagogik und die zivile Konfliktbearbeitung sind in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Außenpolitisch sind Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung auch finanziell vorrangig zu unterstützen. Die Überwindung von Kriegs- und Fluchtursachen muss so weit wie möglich mit friedlichen Mitteln erfolgen.

4. Wozu wir uns verpflichten

In unserer Landeskirche werden wir uns auf allen Ebenen intensiv mit friedensethischen Fragen beschäftigen. Konkret bedeutet dies:

- **Stärkung von Friedensbildung und Friedensarbeit**

Wir stärken die Friedensbildung an den Schulen in unserem Land und in unseren Gemeinden. Wir unterstützen die Arbeit und Vernetzung der Friedensbeauftragten in den Kirchenbezirken und darüber hinaus.

- **Initiierung eines Runden Tisches für Rüstungskonversion.**

Wir bringen einen Dialogprozess in Form eines Runden Tisches zum Thema Rüstungskonversion auf den Weg, an dem Unternehmer, Beschäftigte, Gewerkschaften, Friedensinitiativen und Kirchen teilnehmen.

- **Anstoßen einer öffentlichen Diskussion über ein Exportverbot von Kleinwaffen**

Wir stoßen eine öffentliche Diskussion über das Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken an. Die Friedensbotschaft des Evangeliums muss auch in politischen Entscheidungen bedacht und ernst genommen werden.

Pressemitteilung der Landeskirche zur Erklärung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung Dr. Harald Kretschmer betonte in der Antragsstellung die Wichtigkeit eines einheitlichen Auftretens der EKD in Rüstungsfragen. Kurz nach der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation in Jamaica 2010 lud unsere Landeskirche Vertreter der Rüstungsindustrie zu einer Diskussion zu Fragen der Rüstungskonversion ein. Ziel war es aus Sicht der Landeskirche Vertreter der Rüstungsindustrie zu überzeugen anstelle von Waffen, andere, für die Zivilbevölkerung erstrebenswertere Güter zu produzieren. Obwohl die Einladung zu einer solchen Diskussionsrunde von den Vertretern der

Rüstungsindustrie nicht angenommen wurde, befasste sich 2015 eine Kommission unter Leitung von Kirchenrätin Dr. Godel mit dem Thema und erarbeitete eine mehrseitige Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten vor. 2016 übernahm eine Arbeitsgruppe des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung die Aufgabe, die erarbeitete Erklärung zu kürzen, ohne sie jedoch zu entschärfen. Wertvolle Impulse für eine gekürzte Erklärung hatten Friedenspfarrer Joachim Schilling und Oberkirchenrätin Hinrichs von der Badischen Landeskirche gegeben.



Prof. Dr. Ulrich Heckel © EMH/Gottfried Stoppel

"Wir leben in einer Welt, die noch von Sünde und Gewalt, Krieg und Terror gezeichnet ist", sagte Oberkirchenrat Prof. Ulrich Heckel im Anschluss. "Wenn wir Christen und Christinnen uns für den Frieden in unserer Welt einsetzen, dann tun wir das, weil wir glauben, dass die Verheißung des göttlichen Friedens für das Ende der Zeiten auch unserem ganz irdischen Leben eine Richtung vorgibt, die es für unser Tun und Lassen ernst zu nehmen gilt." Mit dem Thema dieser Erklärung setze die Landeskirche an einem der zentralen Probleme der durch Gewalt und Terrorakte geprägten Welt an. Denn das Exportieren und die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern bedeute unwillkürlich, dass Instrumente und Mittel der – oft genug tödlichen – Gewaltanwendung zur Verfügung gestellt werden. Zudem aber sei eine solche Erklärung eines der wichtigsten Mittel, durch die die Kirche in die Gesellschaft hinein wirken kann. "Gerade in Hinblick auf das Reformationsjubiläum wissen wir uns dem reformatorischen Erbe verpflichtet, das uns nicht nur zur liturgischen Feier der Gottesdienste einlädt, sondern auch zum vernünftigen Gottesdienst im Alltag ermuntert und Mut macht zur Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, d.h. reformatorisch gesprochen der Welt", so Heckel weiter.

Die Erklärung wurde mit zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen verabschiedet und mit Standing Ovations gefeiert.

Bericht von Helmut Baumann über eine lokale Unterschriftenaktion in der Kirchengemeinde Gomaringen gegen Rüstungsexporte

Anfang letzten Jahres war ich auf die evangelische Kirchengemeinde in Gomaringen zugegangen mit dem Anliegen uns an der Unterschriftenaktion „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“ zu beteiligen. Der Kirchengemeinderat fand es besser eine eigene Unterschriftenaktion zum Thema Waffenexporte durchzuführen mit den Anliegen der früheren Birkacher Erklärung, dem der KGR in 2009 der KGR schon mehrheitlich zugestimmt hatte...

Der KGR hat einstimmig dieser Aktion zugestimmt. Im Anschluss an zwei Gottesdiensten im Sommer und Herbst wurde zu Unterschriften aufgerufen. Ich habe dabei gemerkt, dass es gut war, eine eigene Aktion durchzuführen. Die Kirchengemeindeglieder konnten sich vielleicht so eher damit identifizieren. Sehr erfreulich war die sehr positive Resonanz auf diese Aktion. Es gab gute Gespräche am Unterschriftentisch und aus meiner Sicht viele Unterschriften.

Insgesamt 220 Unterschriften haben wir an die Reutlinger und Tübinger Bundestagsabgeordneten weitergeleitet. Fast alle Abgeordneten haben geantwortet. Antworten von den Abgeordneten von den Grünen fehlen leider noch. Die Aktion wurde insgesamt begrüßt, die Anliegen aber z. T. relativiert. Von den Parteien der Regierungskoalition wurden von verschiedenen Initiativen berichtet Waffenexporte auf internationale Ebene zu kontrollieren. Nur scheint mir, dass diese Initiativen (noch) nicht die Wirkung zeigen, wie wir es mit unseren Anliegen wollen. So wurde noch vom SWR im Dezember von Waffenlieferung in Unruhestaaten berichtet. Außerdem geben ja die aktuellen Zahlen im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung andere Informationen

Kirchengemeinden sollen sich gegen Atomwaffen stark machen - Friedensnobelpreis an ICAN soll Kirche für Friedensaktivitäten mobilisieren.

PRESSEMITTEILUNG im Dezember 2017 im Auftrag des Pfarramts für Friedensarbeit und der EAK-Württemberg

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung (ICAN) nimmt die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Friedensarbeit und Kriegsdienstverweigerung (EAK) in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zum Anlass für einen Appell an die Kirchengemeinden. „Wir bitten alle Pfarrerinnen und Pfarrer sowie die Kirchengemeinden in Württemberg, ihren Teil zur atomaren Abrüstung beizutragen“, erklärt Joachim Schilling, Friedenspfarrer der württembergischen

Landeskirche. „Die noch existierenden etwa 15 000 Atomwaffen bringen nicht mehr Sicherheit, sondern sie sind eine Gefahr für die Menschheit. Durch Missverständnisse, Unfälle oder militärische Machtspiele wie in den USA oder Nordkorea könnten Atomwaffen jederzeit zum Einsatz kommen“, warnt er. Die EAK ist mit ICAN verbunden, weil einige Mitglieder der EAK auch Mitglieder von ICAN sind, darunter Milena Hartmann, Dr. Eberhard Müller und Pfarrer Rainer Schmid.

Fünf Vorschläge macht die EAK, deren Geschäftsführer Schilling ist, was jede Kirchengemeinde vor Ort tun kann, um auf einfache Weise diesen positiven Impuls weiterzutragen. In Gemeindebriefen oder Gottesdiensten könnte an die humanitären Folgen eines Atombombenabwurfs erinnert werden. Pfarrerinnen und Pfarrer aber auch andere Verantwortliche in den Kirchengemeinden könnten die Bundestagsabgeordneten des eigenen Wahlkreises bitten, sich für den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag einzusetzen. Auch Veranstaltungen gemeinsam mit anderen Gruppen, die sich für Frieden und eine Abschaffung von Atomwaffen einsetzen, in denen über Atomwaffen informiert wird, seien möglich, so die EAK. Man könne zum Beispiel im Rathaus-Foyer eine Ausstellung über Atomwaffen zeigen, so Schilling. Auch im Religions- oder Konfirmandenunterricht sollen Pfarrerinnen und Pfarrer über Atomwaffen informieren. Außerdem bestehe die Möglichkeit, das Kirchengemeinderäte oder andere kirchliche Gremien sich zu einem Informations-Wochenende am Atomwaffen-Stützpunkt Büchel treffen.

Weitere Informationen:

www.buechel-atombombenfrei.jimdo.com

www.atomwaffena-z.info

www.icanw.de

Herausgabe der Handreichung: Tod – Made In Germany?

PRESSEMITTEILUNG im November 2017 im Auftrag des Pfarramts für Friedensarbeit der Evang. Landeskirche in Württemberg und der EAK-Württemberg
Die Handreichung kann über das Friedenspfarramt bestellt werden.

„Tod – Made in Germany“ ist der Titel eine Handreichung, die das Friedenspfarramt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg jetzt herausgegeben hat. Sie knüpft an die Erklärung an, die die Synode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten verabschiedet hat. Die Handreichung umfasst neben grundlegenden Texten wie der Erklärung der Landeskirche, einem Friedensappell der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) und weiteren Papieren zu deutschen Rüstungsexporten zahlreiche wissenschaftlich untermauerte

Materialien für Unterricht und Kirchengemeinden, sowie ein Beispiel für einen Bittgottesdienst.

„Ziel der Erklärung ist es, dass eine Diskussion in der Gesellschaft, in Schule und Kirchengemeinden angeregt wird über die Fragen von Rüstungsexporten und Kleinwaffenexporten und auch, wie man weg kommen könnte von immer mehr Waffenproduktion hin zur Produktion ziviler Güter“, fasst Joachim Schilling, Friedenspfarrer der Landeskirche zusammen. „Im Interesse von Schule und Kirche ist es, vor allem junge Menschen zur Friedensliebe zu erziehen. Kenntnis über die Zusammenhänge helfen hier.“

In der Handreichung sind umfangreiche Materialien für Schule und Erwachsenenbildung jeweils mit Arbeitsweisen und didaktischen Zugängen zu verschiedenen Themen enthalten, die sich für den Schulunterricht genauso eignen, wie für Diskussionen in Kirchengemeinden: Friedensförderung ist ebenso Thema, wie die Flüchtlingsdebatte in Deutschland, europäische Flüchtlingspolitik oder Fluchtursachen und was Kleinwaffen damit zu tun haben. Die Frage „Waffen für den Krieg oder für den Frieden“ gehört dazu, wenn es um Exporte von Kleinwaffen und Rüstungsgütern geht. Auch der Islamische Staat und der Umgang mit Extremismus werden thematisiert. Dabei wird stets der Zusammenhang mit Rüstungsexporten und Kleinwaffen hergestellt. Fragen der Verantwortung und die Verpflichtung zum Schutz werden gestellt. Außerdem enthält das Papier eine Fülle zusätzlicher Quellen zur weiteren Information.

Schilling ist es wichtig, die Friedensbildung in der Gesellschaft voranzubringen. Denn auch wenn kriegsrische Auseinandersetzung vermeintlich weit weg sind, ist Deutschland doch beteiligt und muss sich mit seiner Verantwortung stellen: „Nach einhelliger Interpretation des Grundgesetzes soll von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen. Durch unkontrollierte und zunehmende Waffenexporte wird die Intention des Grundgesetzes pervertiert. Kirche hat einen gesellschaftlichen Auftrag, den Finger in die Wunde zu legen, die durch Wirtschaftsinteressen entsteht“, sagt er. Sichtbar werde das Problem von Waffenlieferungen etwa an dem aufbrechenden innerirakischen Konflikt zwischen den Peschmerga-Kämpfern und Regierungstruppen. „Deutschland hat meines Erachtens überhastet riesige Mengen an Waffen an die Peschmerga geliefert, die nun für den innerirakischen Konflikt zur Verfügung stehen. Waffen wandern von einem Konflikt in den nächsten – vor allem Kleinwaffen.“ Auch Vertreter der Kirchen hätten damals vorschnell solche Waffenlieferungen befürwortet. „Inzwischen wird immer deutlicher, dass da vieles überhastet geschehen ist und es eigentlich kein Gesamtkonzept gibt.“ Auch Beschäftigte in der Rüstungsindustrie gerieten in ein moralisches Spannungsfeld, gibt Schilling zu beden-

ken. Der Theologe ist optimistisch, dass die Kirche mit der Handreichung einen Beitrag zur Veränderung leisten kann. „Es gibt Schätzungen, dass 70 bis 80 Prozent der Deutschen der Meinung sind, dass Deutschland keine Waffen liefern sollte. Das kann früher oder später an der Politik nicht spurlos vorbei gehen.“ Mit Hilfe der Handreichung könnten sich Menschen an der Basis sachkundig machen. Besonders in der bevorstehenden Friedensdekade in der Evangelischen Kirche vom 12. bis 22 November könnten solche Themen in den Kirchengemeinden diskutiert werden, schlägt Schilling vor.

Die Handreichung kann kostenlos beim Friedenspfarramt angefordert werden: Friedenspfarramt, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart oder über friedenspfarramt@elk-wue.de. Die Handreichung ist auf der Homepage als PDF eingestellt:

<http://www.friedenspfarramt.elk-wue.de/> unter Service/Materialien/ Rüstungsexporte.

Beitritt der Landeskirche zur „Aktion – Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Pressemitteilung der Landeskirche

Der Oberkirchenrat wird gebeten, im Namen der Landeskirche der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ beizutreten. Das hat die Synode nach ausführlicher Diskussion mit 44 Ja-Stimmen zu 15 Neinstimmen bei 18 Enthaltungen beschlossen.

Ursprünglich hatte der Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit den Beitritt nicht empfohlen, weil die Landeskirche bereits zwei Erklärungen abgegeben, einen Studientag der Synode sowie eine Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll veranstaltet habe und ein Runde Tisch Rüstungskonversion unter Leitung von Oberkirchenrat Professor Dr. Heckel existiere. In den Augen der Mehrheit der Synode sei das nicht ausreichend. Es gelte, die Stimmen aller friedensliebenden und rüstungskritischen Stimmen zu bündeln, betonten mehrere Synodale auch mit Verweis auf andere Landeskirchen und Diözesanräte, die der Aktion bereits beigetreten sind.

Die Aktion Aufschrei wendet sich gegen den Export von Rüstungsgütern an menschenrechts-verletzende und kriegführende Staaten. Sie fordert ein Verbot für den Export von Kleinwaffen und Munition, ein Verbot von Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte sowie ein Verbot von Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen. Außerdem stellt sie sich für die Umstellung der Rüstungsindustrie auf nachhaltige zivile Produkte ein. Die Aktion wird von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Brot für die Welt, Misereor, Ohne Rüstung leben, Pay Christi und anderer Organisationen getragen.

EBCO: „Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss auf europäischer Tagesordnung bleiben“

Pressemitteilung Bonn, 9. November 2017 /dj

Europäische Menschenrechtsorganisation legt Bericht zur aktuellen Lage der Kriegsdienstverweigerer vor. Angesichts einer fortschreitenden Militarisierung der EU sieht das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) die Durchsetzung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung aus. Gewissensgründen zunehmend erschwert. „Die Bestrebung, den Rechten der Kriegsdienstverweigerer zur Anerkennung zu verhelfen, war in Europa auch 2017 mit negativen Entwicklungen konfrontiert“, bedauert EBCO-Vorsitzender Friedhelm Schneider bei der Vorlage des EBCO-Jahresberichtes „Kriegsdienstverweigerung in Europa 2017“. Und er fügt kritisch hinzu: „Offenbar waren die vorrangigen Anliegen der EUPolitik weniger durch die Förderung der Menschenrechte bestimmt als durch Wirtschaftsfragen und die Absicht, militärische Zusammenarbeit und Rüstungsausgaben zu stärken.“ Wie das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung im Jahresbericht betont, würden staatliche Behörden eine „geradezu obsessionelle Verfolgung von Kriegsgegnern“ fortsetzen, die schon vor Jahrzehnten ihre Verweigerung des Militärdienstes erklärt hätten. So sei in Griechenland ein seit 1990 wegen Gehorsamsverweigerung angestregtes Militärgerichtsverfahren zwar eingestellt worden, in der Türkei hingegen bleibe es unverändert bei der völkerrechtswidrigen Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern und einer Missachtung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. „Zwanzig Jahre nach seiner ersten Inhaftierung als Kriegsdienstverweigerer hat Osman Murat Ülke im November erfahren, dass der Staatsanwalt sein Verfahren wieder aufgenommen hatte“, nennt Friedhelm Schneider ein gravierendes Beispiel der derzeitigen Praxis. Ein nicht weniger großes Ärgernis ist für EBCO der Umstand, dass die politischen Vertreter der europäischen Staaten sich offenbar an diesen Zustand gewöhnten. „Der geringe Stellenwert, der der Kriegsdienstverweigerung in der öffentlichen Aufmerksamkeit zukommt, wird oft auf die Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht in vielen Staaten zurückgeführt“, konstatiert Friedhelm Schneider, der die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) in der Menschenrechtsorganisation EBCO vertritt. Dabei sei im Bereich des Europarats in 17 Staaten die Wehrpflicht weiterhin oder wieder in Kraft. Kritisch sei die Situation neben der Türkei und Griechenland auch in der Ukraine oder in Russland, so EBCO im Jahresbericht. Erfreulich sei, dass im türkisch besetzten Nordteil Zyperns der Petitionsausschuss des Parlaments eine Initiative zur

gesetzlichen Regelung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes angenommen habe. Oder dass die Republik Zypern dem seit 2004 verfolgten türkischen Kriegsdienstverweigerer Halil Savda Asyl gewährt habe, betont Friedhelm Schneider. Dennoch: „Es darf keine Gewöhnung an die massive Verletzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung geben, wie sie beispielsweise in der Türkei seit Jahrzehnten gang und gäbe ist“, unterstreicht EBCO-Vorsitzender Friedhelm Schneider. „Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht“, betont Dr. Christoph Münchow, Bundesvorsitzender der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), die sich auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung gemäß Grundgesetz in der Bundesrepublik Deutschland einsetzt. Es müsse möglich sein, dass Soldatinnen und Soldaten überall in der Welt jederzeit einen Einsatz aus Gewissensgründen verweigern können, meinte der EAK-Vorsitzende anlässlich der Vorlage des EBCO-Jahresberichtes. Hier erwarte er auch, dass die Bundesregierung bei Gesprächen innerhalb der Europäischen Union, aber auch mit Mitgliedern von Staaten, die dem Europarat angehören, deutlich auf die Einhaltung dieses Menschenrechtes hinweise. „Dies muss von deutschen Regierungsvertretern immer wieder angesprochen werden. Kriegsdienstverweigerer müssen anerkannt werden und gehören nicht ins Gefängnis gesperrt, wenn sie ihrem Gewissen folgen“, so Christoph Münchow. Und er sagt weiter: „Wir dürfen nicht die Augen verschließen, wenn Länder dieses Menschenrecht mit Füßen treten.“ Die EBCO-Studie „Kriegsdienstverweigerung in Europa 2017“ ist die derzeit umfassendste aktuelle Veröffentlichung zum Thema. Das Büro stellt seinen Jahresbericht jährlich zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember vor. Der aktuelle Jahresbericht findet sich (in englischer Sprache) auf der Homepage des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung (www.ebco-beoc.org).

Verstetigung der Servicestelle Friedensbildung in Bad Urach kommt – Ein Meilenstein des Baden-Württemberger Erfolgsmodell

Eine Mail vom 1. Dezember 2017 an Hagen Battran, den Sprecher der Beiräte für die Service-Stelle Friedensbildung BW:

Sehr geehrter Herr Battran,
vielen Dank für Ihr neuerliches Schreiben und Ihr großes Engagement für die Friedensbildung an den baden-württembergischen Schulen. Ich freue mich, dass ich Ihnen nunmehr mitteilen kann, dass es meiner Fraktion in den laufenden Haushaltsberatungen gelungen ist, über anhängende interfraktionelle Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf der Landesregie-

rung die Mittel für die Servicestelle Friedensbildung in Höhe von 150.000 Euro pro Jahr dauerhaft zu verstetigen und zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 Euro pro Haushaltsjahr in 2018 und 2019 bereitzustellen. Damit stehen für Personal und Sachmittel der Servicestelle künftig gesichert 150.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. In den kommenden beiden Jahren kommen darüber hinaus die zusätzlichen 50.000 Euro pro Jahr hinzu.

Auch wenn die zweite und dritte Lesung der Haushaltsberatungen noch ausstehen, kann ich Ihnen schon jetzt versichern, dass sich an den in der ersten Lesung mit den Änderungsanträgen beschlossenen Haushaltsansätzen für die Servicestelle nichts mehr ändern wird.

Ich wünsche Ihnen und der Arbeit der Servicestelle Friedensbildung auch im Namen der gesamten Fraktion der Grünen im Landtag Baden-Württemberg alles Gute und viel Kraft und Erfolg bei der Arbeit für die Friedensbildung in unseren Schulen.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Schwarz MdL
Fraktionsvorsitzender

Schorndorfer Memorandum

Am 19. November 2017 ist das Memorandum von Mitgliedern des Ökumenischen Montagsgebets in Schorndorf im Gottesdienst der Stadtkirche im Rahmen der Friedensdekade verlesen worden. Frau Dekanin Dr. Baur und die aktiven Pfarrerinnen und Pfarrer der Gesamtgemeinde haben der Verlesung zugestimmt.

Hinführung

Das Memorandum 2017 ist entstanden als Beitrag zum Reformationsjubiläum 2017, das seinen Höhepunkt am 31. Oktober 2017 erreichte, dem Gedenktag an Luthers Thesenanschlag. Es ist nicht formuliert worden um dafür Unterschriften zu sammeln, sondern vor allem, um es an der Basis der Kirchengemeinden zu verbreiten. Nur durch Nachdenken, Widerspruch und Zustimmung kann ein neues Bewusstsein entstehen über die Unmenschlichkeit jeder kriegerischen Gewalt und die Verstrickung der christlichen Kirche in diese Gewalt. Vor allen Dingen soll die Hoffnung dafür geweckt werden, dass Gott selbst den Kriegen ein Ende machen wird in aller Welt.

Terror

Es ist immer schrecklich, wenn ein Mensch absichtlich getötet wird, es sei durch geplanten Mord oder spontanen Totschlag, oder durch Hinrichtung auf Befehl einer „Obrigkeit“, gleich in welcher Weise er exekutiert wird. Im Krieg, der von Regierungen angeordnet wird, ob es sich nun um einen geplanten Überfall, oder um die Vergeltung mit Gegengewalt handelt, wird der Schrecken potenziert. Jede Anwendung

von Waffen, die nur zum Töten von Menschen geeignet sind, ist schrecklich im Vollzug, schrecklich für die Angehörigen der Opfer, ist Terror, der dann wieder mit Terror vergolten wird. Angesichts der Übermacht mächtiger Staaten mit ihren Waffenarsenalen, werden schwächere Organisationen andere Formen der Rache und Vergeltung suchen, wie es heute am Tag ist: öffentliche Hinrichtungen durch den IS, Selbstmordattentate, von langer Hand geplante Überfälle inmitten der Industrienationen. Das Unrecht in der Welt, der wachsende Unterschied zwischen Reich und Arm, die Verwüstung der Schöpfung durch große Konzerne wird ermöglicht und verteidigt durch die Gewalt mörderischer Waffen, ob sie nun von Terroristen oder von Regierungen eingesetzt werden. Sie sind eine der wesentlichen Ursachen dafür, dass es heute 60 Millionen Flüchtlinge in der Welt gibt.

Schuldbekennnis

Die Kirche ist an der Ausübung des Terrors seit dem Bündnis mit der staatlichen Macht unter Konstantin dem Großen unmittelbar beteiligt. Sie hat das Recht in Anspruch genommen, zahllose Menschen, Frauen und Männer mit Schrecken erregenden Methoden hinzurichten. Die Kirche hat Kreuzzüge befohlen, Kriege gerechtfertigt und ihre Ausführung durch getaufte Glieder gutgeheißen. Bis heute erhebt sie keinen Widerspruch, wenn Christinnen und Christen freiwillig oder auf Anordnung des Staates im Krieg Mitmenschen töten. Es gab kein Bewusstsein in den Kirchen im Ersten und Zweiten Weltkrieg für das Unrecht, als Millionen von getauften Männern blind dem Befehl des Kaisers oder des „Führers“ folgten. In beiden Kriegen wurde für den Sieg der deutschen Waffen gebetet. Heute lautet das Gelöbnis von Soldaten der Bundeswehr: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Es wird verschleiert, dass die „Verteidigung“ auch überall in der Welt durch Auslandseinsätze der Bundeswehr geschehen kann und an vielen Orten geschieht. Es wird verschleiert, dass die „Verteidigung“ in jedem Fall die Bereitschaft enthält, auf Befehl von oben Mitmenschen zu töten.“ Es gibt bisher keinen Aufruf der Kirchen an ihre Glieder, das Gelöbnis, kriegerischen Terror auszuüben, zu verweigern.

Befreiung durch das Evangelium

Gott liebt diese Welt und hat sich durch Jesus Christus mit ihr versöhnt. Er liebt alle Menschen, auch die Gottlosen und alle, „die einfach nicht mehr glauben können“, ja die ihn hassen und verfluchen, auch die Menschen in anderen Religionen, auch Juden, Christen und Muslime, die an den einen Gott glauben, auch

alle Kriegersleute, Soldaten, Terroristen. Gott will, dass allen Menschen geholfen werde, wie ihnen durch Jesus geholfen wurde, dass sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen, dass sie dazu befreit werden, nicht nur für sich selbst, sondern für die anderen da zu sein. Gott will eine Kirche, die für die Völker da ist, die verkündet, dass Gott sie befreien wird vom Joch des Kriegsdienstes, von den militärischen Institutionen, die sich auf kriegerische Einsätze vorbereiten. Wir bitten um den Geist Gottes, der die Kirche auf Erden eins werden lässt, dass sie mit allen anderen Menschen, die dasselbe Ziel verfolgen, zum Segen werde für die Völker der Erde.

Schorndorf, im Dezember 2017

Friedensethische Aspekte aus der Menschenrechtsfrage

Der folgende Artikel von Pfarrer Joachim Schilling ist entstanden für das Buchprojekt „70 Jahre Menschenrechte – Die Zukunft eines Versprechens“. Es wurde im Hospitalhof Stuttgart am 20.11.2017 bei der Konferenz mit gleichlautendem Thema vorgestellt. Das Gesamte Buch ist bestellbar im Oberkirchenrat oder dem Friedenspfarramt (ISBN Nr. 978-3-945369-53-1, Evangelischen Gesellschaft, Stuttgart)

Am 23.12.2016 nahm die UNO-Generalversammlung eine Resolution mit einem Verhandlungsmandat für einen Atomwaffenverbotsvertrag an; eine internationale Vereinbarung, die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen ebenso verbietet, wie die Drohung, diese einzusetzen. Der Atomwaffensperrvertrag enthält nur Teilverbote. Atomwaffen sind im Gegensatz zu Chemiewaffen, biologischen Waffen, Landminen und Streumunition noch nicht geächtet.¹

Am 04.10.2017 wurden Abrüstungsaktivist/innen wegen ihres Protestes gegen Atomwaffen zu 30 Tagesstrafen Geldstrafe verurteilt. Sie waren im September 2016 in den Atomwaffenstützpunkt Büchel eingedrungen und haben die Start- und Landebahn des Fliegerhorstes Büchel besetzt. Mit der „gewaltfreien Aktion“ wollten die Aktivist/innen auf die Lagerung von Atomwaffen in der Eifel und deren Aufrüstung durch den Austausch mit einer zielgenaueren Version der B61-Atombombe aufmerksam machen. „Atomwaffen stellen wegen ihrer katastrophalen humanitären Konsequenzen ein Unrecht dar. Sie sind ein Verbrechen an der zukünftigen Generation.“² Der durch die Vereinten Nationen verabschiedete Atomwaffenverbotsvertrag bekräftigt, dass die Stationierung von Atomwaffen geltendem Völkerrecht widerspreche. Deutschland könne dem Vertrag erst beitreten, wenn die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen wä-

ren und die Bundesregierung sich nicht mehr an der Planung von Atomwaffeneinsätzen in der NATO beteilige. Deutschland habe allerdings die Verhandlungen u.a. aufgrund des Drucks der NATO-Partner boykottiert. Mit solchen Sätzen verteidigten sich die Angeklagten.

Zwei Tage später, am 06.10.2017, wird bekannt, dass die internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung (Ican) den Friedensnobelpreis 2017 bekommen sollte. In diesem Bündnis sind 450 Friedensgruppen und Organisationen beteiligt, die sich seit Jahren für Abrüstung engagieren. Treibende Kraft sind Zehntausende Aktivist/innen in mehr als 100 Ländern wie die zwei Tage zuvor Verurteilten.

Was hat das mit den UN-Menschenrechten zu tun?

Dialektische Sicht auf die UN-Menschenrechte

Meines Erachtens sind in der Deklaration – vor nunmehr bald 70 Jahren – Entwicklungen angelegt, die sich erst heute auswirken. Menschen berufen sich auf allgemeine Rechte, Wahrheiten, ihr Gewissen und lassen sich nicht unwidersprochen von staatlichen Gesetzen einschränken.

Die UN-Menschenrechte und die Entwicklungen seither sind meines Erachtens mit einer christlichen Menschen- und Weltsicht kompatibel. Zudem sind in den Formulierungen der Menschenrechte von 1948 inhärent Themen angelegt, die erst später ihre nähere Entfaltung bekommen, wie zum Beispiel die eingangs erwähnte Problematik um die Atomwaffen, aber auch anderes.

Allerdings berufen sich zwei gegensätzliche Bestrebungen auf die Menschenrechte und lassen sich aufgrund gegensätzlicher Gewissensentscheidungen in ihren Handlungen und Entscheidungen unterschiedlich leiten.

Beide Seiten berufen sich dabei auf ihr Gewissen. Waren am Anfang die UN-Missionen noch völlig gewaltfrei, bedeutete der Völkermord in Ruanda eine Zäsur: Seither sind UN-Missionen auch bewaffnet. Dies wird aufgrund der Schutzverantwortung begründet, um den Allgemeinen Menschenrechten zur Not mit Waffengewalt Geltung zu verschaffen. Viele, die die UNO an sich bejahen, werden aufgrund ihres Gewissens diese Sichtweise jedoch nicht bejahen können.

Ich sehe eine Linie vom Gewissensproblem, Gewalt in sein Handlungskonzept auszuschließen hin zur persönlichen Kriegsdienstverweigerung, weiter zum Bestreben Waffenherstellung und -verbreitung zu unterbinden und schließlich bis hin zum Protest gegen Atomwaffen.

Andererseits gibt es ein Gewissen, das sich an einer Sicherheitslogik und der „Schutzverantwortung“ ausrichtet und sich ebenfalls von den Menschenrechten

¹ Vgl. Wikipedia-Artikel „Atomwaffenverbotsvertrag“ vom 10.10.2017, Abruf am 11.10.2017.

² Vgl. IPPNW-Pressemitteilung vom 05.10.2017.

motiviert fühlt. Wo allerdings findet diese andere Linie ihr Ende? Spätestens beim Problem der Atomwaffen und ihrem wahnwitzigen Vernichtungspotential wird die Weltgemeinschaft mit einer Absurdität konfrontiert, die es als unlogisch erscheinen lässt, aus sicherheitslogischen und Schutzverantwortungsgründen mit gewaltsamen Mitteln zu intervenieren, weil genau das letztlich zur Vernichtung der Welt führen könnte.

Ich möchte im Folgenden dieser Spannung, die meines Erachtens nur durch eine dialektische Sichtweise gelöst werden kann, nachgehen. Sie ist in der Bibel schon nachweisbar, hat mit dem biblischen Gottesbild bzw. den biblischen Gottesbildern zu tun, ist in die Denkweise der Allgemeinen Menschenrechte eingeflossen und wird die Zukunft prägen. Doch das soll zunächst an einem konkreten Beispiel aufgezeigt werden.

Kriegsdienst und Kriegsdienstverweigerung als Gradmesser der Einhaltung von Menschenrechten

Alle Staaten, die der UNO beigetreten sind, sind dazu verpflichtet worden, die Menschenrechte in ihren nationalen Rechtssystemen zur vollen Geltung zu bringen. Gleichwohl sind die Menschenrechte nur unverbindliche Empfehlungen der Vereinten Nationen. Innerhalb der allgemeinen Menschenrechte wird in der Präambel im zweiten Abschnitt vom „Gewissen der Menschheit“ gesprochen und in Artikel 1 davon, dass alle Menschen mit „Vernunft und Gewissen begabt“ sind und einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen sollen.³

Nirgends aber ist davon die Rede, dass Menschen ein Recht haben, sich auf ihr Gewissen zu berufen, wie sich in der Reformationszeit Martin Luther vor dem Wormser Reichstag auf sein Gewissen berief.

In Artikel 29 (1) heißt es: „Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.“

Wenn also die Pflicht zum Kriegsdienst ohne die Möglichkeit eines Ersatzdienstes verlangt wird, dann hat ein Mensch nur die Möglichkeit der Flucht in ein anderes Land oder muss sich entsprechenden Strafen - bis hin zur Todesstrafe - unterziehen. Es gibt also ein Defizit in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, obwohl inhärent in Artikel 1 mit der Respektierung des Gewissens des Einzelnen und Artikel 18 mit der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sich die Möglichkeit auftat, Kriegsdienst zu verweigern.

³ Vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, S. 257ff im Buch „Menschenrechte“, Bonn 2015, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, 53113 Bonn. Dieses Buch ist ein Kompendium von Rechtstexten u.a., Grundlage für alle, die sich mit Menschenrechten näher beschäftigen wollen.

Erst 1987 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) das Recht zur Kriegsdienstverweigerung als allgemeines Menschenrecht anerkannt. Seither kämpft die UN-Menschenrechtskommission um dessen überprüfbare Anwendung und rechtsstaatliche Geltung, die in vielen Mitgliedsstaaten der UN nicht gewährleistet ist.⁴

Gerade am Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird sichtbar, dass es auch nach 70 Jahren Menschenrechten in vielen Staaten der Welt Defizite gibt.

Umgekehrt ist Kriegsdienst im Sinne einer sogenannten Ultima Ratio in irgendeiner Form nötig, wenn die Schutzverantwortung wahrgenommen werden soll. Der Völkermord in Ruanda hat hier ab den 90er Jahren zu einem Umdenken in der UN geführt, gerade weil Menschen sich auf ihr Gewissen beriefen. Menschenrechte zu proklamieren und tatenlos dem Morden zuzusehen, erschien kein gangbarer Weg mehr. Diese Gemeinschaftsentscheidung in der UN, unter Berufung auf das Gewissen der Gemeinschaft (vgl. Präambel), lässt trotzdem dem Einzelnen den Spielraum, für sich selber das anders zu sehen und andere für eben diese gegenteilige Sichtweise zu gewinnen.

Diametrale Gottesbilder können zu diametralen Gewissensentscheidungen führen

Im Folgenden geht es mir darum aufzuzeigen, wie meines Erachtens schon Jesus selber die Dialektik der Argumente kannte, zweierlei Intentionen erlebte und dann doch von der Tendenz her klar in Richtung Gewaltfreiheit tendierte und ein Beispiel für seine Nachfolger/innen setzen wollte.

Jesus beruft sich darauf, im Einklang mit der Tora zu stehen. Er sei nicht gekommen, das Gesetz aufzulösen, sondern zu erfüllen, nicht einmal der kleinste Buchstabe noch ein Tüpfelchen vom Gesetz würde bis zum Ende der Erde wegfallen (Mt 5,17-19). Von diesen Worten ausgehend läuft der Durchgang durch Gebote in der Bergpredigt auf einen Zielpunkt zu, der in der Feindesliebe als Tora-Gebot gipfelt.

Wie ist nun die Bibelstelle in Matthäus 5,43-45 auszuliegen, in der Jesus sagt:

„Ihr habt gehört, dass gesagt ist (3. Mose 19,18): Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen. Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen, damit ihr Kinder seid eures Vaters im Himmel. Denn er lässt seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und lässt regnen über Gerechte und Ungerechte ...“

Zwar gibt es das Gebot der Nächstenliebe explizit im Alten Testament, doch nirgendwo im AT steht wörtlich: „Du sollst deinen Feind hassen.“

⁴ Vgl. Wikipediartikel „Kriegsdienstverweigerung“ Stand 10.10.2017, Abruf am 11.10.2017.

Meines Erachtens steckt das Verständnis dahinter, dass die Tora weiter gefasst ist als alleine der uns vorliegende Buchstabentext. „Tora“ bzw. „Gesetz“ bzw. „Verpflichtung“ ist mehr als der Text der fünf Bücher Mose. Es gehören die Schriften und die Prophetentexte und auch weitere schriftliche und mündliche Überlieferung dazu. So gesehen, lässt sich „Du sollst deinen Feind hassen“ durchaus aus der hebräischen Tradition ableiten.

Im alten Israel gab es den Heerbann, an dem die Israeliten unter Todesdrohung verpflichtet waren, teilzunehmen. Kriegsdienstverweigerung wurde mit dem Tode bestraft. Besonders sinnfällig wird dies in der Geschichte, in der den Benjamingen zu Frauen „verholfen“ wurde. Die Stadt Jabesch hatte keine Männer entsandt, als der Heerbann gegen den Stamm Benjamin ausgerufen worden war. Die Gründe dieser alttestamentlichen Kriegsdienstverweigerung jener Stadt werden nicht näher benannt. Das Schicksal der Stadt wird aber erzählt: Bis auf 400 Jungfrauen wird die gesamte Stadt vernichtet. Dies ist nur ein – allerdings übermäßig erschütterndes – Beispiel, wie die Pflicht zum Feindeshass sichtbar wird (vgl. Ri 20f.). In Deborahs Siegeslied wird explizit die Kriegswilligkeit besungen: „Lobet den HERRN, dass man sich in Israel zum Kampf rüstete und das Volk willig dazu gewesen ist.“ (Ri 5,2).

Doch auch aus bestimmten Gottesbildern selbst ist der Feindeshass ableitbar: Wenn zum Beispiel die Rache Gottes an den Midianitern durch die Israeliten vollstreckt werden soll (4. Mose 31,1ff), wenn Jahwe als Herr der Heerscharen bezeichnet wird, der mächtig im Streit ist (Ps 24,8-10), oder David als der dargestellt wird, der die Kriege des Herrn führt, dann steckt dahinter eine ganz bestimmte Logik: Wenn Gott eine Person oder ein Volk hasst, ist der Gläubige analog verpflichtet, zu hassen und Rache zu nehmen.

Jesus zeigt nun in der Bergpredigt, dass von einem Gott als einem Vater geredet werden muss, der vollkommen ist und es in seiner Vollkommenheit regnen lassen kann, über Gerechte und Ungerechte und über Bösen und Guten die Sonne aufgehen lassen kann und Gott in seinem Wesen nicht ein zorniger und hassender sei (vgl. Mt 5,22ff.). Der Zusammenhang zwischen dem Gebot der Feindesliebe und der Betonung dieses Gottesbildes ist evident.

So wie die verschiedenen Gottesbilder hart aufeinander treffen können und sich beide im Alten Testament finden, so lässt Jesus in der Bergpredigt zwar nicht die beiden Gottesbilder hart aufeinanderprallen, doch die aus diesen beiden ableitbaren Verpflichtungen: „Ihr habt gehört, ihr sollt eure Feinde hassen ...“ Ich aber sage euch: „Liebt eure Feinde ...“

Jesus erfüllt nun das Gesetz (vgl. Mt 5,17), indem er die Kriegsrhetorik und ihre Logik in einen neuen, dia-

lektischen Zusammenhang stellt: Menschen sollen nicht ins Zielfernrohr kommen, sondern in den Horizont der Liebe und Großzügigkeit Gottes. Sozusagen eschatologisch redet Jesus, ohne das Alte einfach außer Kraft zu setzen.

Mit Bonhoeffer könnte man sagen, im Grunde gehört Feindeshass und Pflicht zum Kriegsdienst, Waffen schmieden, Bomben bauen usw. zu den vorletzten Dingen und Liebe, die den Feind einschließt, zum Letzten. Zu den vorletzten Dingen gehört, was die Menschen bisher gehört haben, dass Hass legitim, Kriegsdienst verpflichtend und damit Wehrbereitschaft verpflichtend und absolut sei. Zu den letzten Dingen gehört, sich dem Feindeshass durch Feindesliebe entziehen zu können, wie eben der Vater im Himmel sich dem verweigern kann, indem er es regnen lässt über Gute und Böse. In der Konsequenz bedeutet das, dass eben kein Schwert geführt wird, selbst wenn man dazu „verpflichtet“ wäre und dann die Strafe hierfür zu tragen hat. Jesus selber zieht für sich diese Konsequenz, indem er für sich den absolut gewaltfreien Weg bis zum Ende geht und seine Jüngerinnen und Jünger in der Nachfolge einlädt, genau diesen Weg auch einzuschlagen – ohne dabei seine Nachfolger/innen zu zwingen. Die Alte Kirche folgte dem zunächst. Sie ließ den jungen Christen keine Möglichkeit der Entscheidung. Wer Christ sein wollte, durfte unter Androhung der Exkommunikation keine Waffe, auch nicht zur Selbstverteidigung, führen.

Bis zur konstantinischen Wende war einem jeden Christen im Kern jegliche Gewaltanwendung und Bereitschaft zum Kriegsdienst verboten.

Meines Erachtens ist es durchaus möglich, Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu leisten. Doch mit dem Neuen, das Jesus bringt, ist es ebenfalls möglich, sich auf sein Gewissen zu berufen und den Kriegsdienst zu verweigern. Diametral unterschiedliche Gewissensentscheidungen sind möglich und ableitbar aus den Grundlagen der Kirche, wenn es Jesus z.B. zulässt, dass die Jünger 2 Schwerter zur Verteidigung mit sich führen (Lk 22,38). Eines wird durch Petrus kurz gebraucht, doch weil Jesus für sich das Recht auf Verteidigung durch Gewalt nicht geltend macht, finden die Schwerter keine weitere Anwendung bei seiner Verhaftung im Garten Gethsemane. Jesus stellt das Bild vom rächenden Gott und damit die Pflicht zum Feindeshass in ein anderes Licht, indem er leuchtend das andere daneben stellt. Nur für unser Denken ist das Gottesbild, das in der Bergpredigt von Jesus gezeichnet wird, und sein Feindesliebesgebot eine harte Alternative. Meines Erachtens hat Jesus in der Denkkategorie des SOWOHL-ALS-AUCH gedacht und nicht im ENTWEDER-ODER. Sein Denken und

Handeln ist im Gesamten nur durch diese dialektische Spannung zu erklären.

Gleichwohl stehen nun beide Sichtweisen nicht gleichberechtigt bei Jesus gegenüber. Die Sichtweise Jesu ist so unglaublich revolutionär, weil er gerade nicht sagt, dass es keine „Pflicht zum Feindeshass“ geben kann, sondern weil er diametral daneben das neue Gebot setzt, die scheinbar widersprüchliche Formulierung „Feindes-Liebe“ schafft und dazu einlädt, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Leider sprechen bis heute manche Pazifisten einem das Christsein ab, wenn man nicht, oder noch nicht, bereit ist, so zu handeln, wie es Jesus tat.

Jedenfalls, modern gesprochen, wird bei Jesus der Sicherheitslogik, die auf Waffen vertraut, die Friedenslogik daneben gestellt, die am Ende siegen wird und Waffen überflüssig macht, weil sie Vertrauen schafft. Dies kann allerdings den vollen persönlichen und körperlichen Einsatz verlangen. Wie im Übrigen bei einem Menschen, der mit einem UN-Mandat in Kampfhandlungen verstrickt ist, ebenfalls.

In der Konsequenz vieler Christinnen und Christen, die aus Gewissensgründen Kriegsdienst ablehnen, liegt es, dass entsprechend aus Gewissensgründen das Produzieren und Verbreiten von Waffen verhindert und der Friedenslogik Raum gegeben wird. Viele andere Christinnen und Christen folgen einer anderen Logik und fühlen sich ebenso im Einklang mit der Bibel oder der Intention der allgemeinen Menschenrechte.

Aufgrund der Worte Jesu ist jedenfalls eine Auseinandersetzung mit diesem gesamten Themenkomplex eine zentrale Aufgabe der Kirche.

Trägt die Kirche der Diskussion um die Menschenrechte wirklich Rechnung?

Viel zu lange hat die Kirche in ihrer Gesamtheit dieser oben aufgezeigten Dialektik zu wenig Rechnung getragen. Völlig blind hat sie sich über Jahrhunderte hinweg einseitig beeinflussen lassen oder sogar Argumente geliefert, warum ein bewaffneter Konflikt nötig sei. Auf Europas Kanzeln wurde der Erste Weltkrieg befeuert.⁵ Das Erschrecken darüber führte zu parallel laufenden Bestrebungen, die beide aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg zum Erfolg führten. Zum einen kam es zur Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 bei der ersten Vollversammlung in Amsterdam mit dem viel zitierten Satz „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“. Zum anderen kam es ab 1945 mit der Charta der Vereinten Nationen auf der Konferenz von Jalta zur Gründung der UN. Mit der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte 1948

wurden weitere Grundlagen geschaffen, die den Frieden dauerhaft sichern sollten.

Es macht Hoffnung, dass die allgemeinen Menschenrechte sich weiterentwickelt haben, wie das Beispiel Kriegsdienstverweigerung zeigt. Auch das Verbot der Atomwaffen hat inzwischen eine Weiterentwicklung erfahren, dahingehend, dass der Besitz und die Herstellung von Atomwaffen als illegitim gebrandmarkt werden sollen.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg ist mit der Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten und Kleinwaffen auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens einen beachtlichen Schritt gegangen, der auf die Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Busan/Südkorea 2013 zurückgeht. Weitere Schritte könnten sein, sich stärker dafür einzusetzen, dass in Asylfragen dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung mehr Geltung eingeräumt und eine Diskussion über Artikel XVI des Augsburger Bekenntnisses konsequent geführt wird, die Kriegsdienstverweigerung bis heute mit Bann belegt und in jedem Gesangbuch kommentarlos abgedruckt wird.

Wünschenswert wäre auch, dass sich die Kirche – in Konsequenz zur erwähnten Erklärung – aus humanitären und theologischen Gründen konsequent dafür einsetzt, dass der Atomwaffenverbotsvertrag in Deutschland ratifiziert wird. Wer weiß, ob wir es dann bald erleben, dass die Atomsprengköpfe aus Büchel in der Eifel abgezogen werden...

Insgesamt regt die Besinnung auf die Deklaration der allgemeinen Menschenrechte vor bald 70 Jahren an, noch mehr darüber nachzudenken, wie wir eine Kirche des gerechten Friedens werden können.

Pilgrimage des Friedensteam Esslingen nach Coventry zur Nagelkreuzgemeinschaft



Die Nagelkreuzgemeinschaft ist ein weltweites Netzwerk, das sich – in enger Verbindung zur Kathedrale von Coventry – für Frieden und Versöhnung einsetzt. Der Kirchenbezirk Esslingen hat sich auf den Weg gemacht, Mitglied der Nagelkreuzgemeinschaft zu werden. Daher hat das Friedensteam des Kirchenbezirks vom 3. bis 7. Oktober 2017 an einer Pilgerreise

⁵ Vgl. Martin Greschat (2014), Der Erste Weltkrieg und die Christenheit, Kohlhammer Stuttgart.

(pilgrimage) nach Coventry teilgenommen. Offiziell wird der Kirchenbezirk Esslingen im Jahr 2018 Mitglied der Nagelkreuzgemeinschaft.

Innovationspreis für Kreisbildungswerk Stuttgart

Projekt „Salam – Frieden machen“ gewinnt Innovationspreis
Pressemitteilung des Kreisbildungswerkes Stuttgart



Gewonnen! Mit dem 1. Platz „Innovationspreis ethische Weiterbildung“ 2017 (IEW 2017) wurde das Projekt „Salam – Frieden machen“ ausgezeichnet. Für das Projekt waren ehemalige Bürgerkriegskämpfer von „Fighters for Peace“, Beirut, im September 2017 nach Deutschland gereist, um mit syrischen Flüchtlingen in Stuttgart über Kriegserfahrungen, Traumata und die Reintegration ins zivile Leben zu sprechen. In Workshops arbeiteten ehemalige Kämpfer und Flüchtlinge zu Themen wie Mediation, Konflikttransformation und die Entwicklung positiver Zukunftsperspektiven.

Das Projekt ist eine Kooperation der evangelischen Kirchengemeinde Stuttgart-Obertürkheim, des Evangelischen Kreisbildungswerks Stuttgart und der libanesischen NGO „Fighters for Peace“. Wichtige Vor- und Beziehungsarbeit wurde von der Stipendiatin Daad Ibrahim geleistet: Die Mitarbeiterin von „Fighters for Peace“ arbeitete im November 2016 mehrere Wochen lang in der evangelischen Gemeinde Obertürkheim mit syrischen Flüchtlingen zusammen.

Die Karl Schlecht Stiftung mit Sitz in Aichtal und Berlin und die Kirchliche Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg (KiLAG) schrieben den Innovationspreis zum ersten Mal für innovative ethische Weiterbildungsangebote von kirchlichen Bildungsträgern aus, um wegweisende Projekte zu honorieren. Der 1. Preis ist mit 5000 Euro dotiert.

Das Projekt „überzeugte das Preiskomitee in seiner Innovation und auch im Blick auf seine starke individuelle Förderung einer an ethischen Werten orientierten Persönlichkeitsbildung“, so die Veranstalter. Das

Geld fließt in die weitere Projektarbeit von „Salam – Frieden machen“ der drei in Stuttgart ausgezeichneten Kooperationspartnerinnen Christina Förch („Fighters for Peace“), Andrea Seefeld (Evangelisches Kreisbildungswerk Stuttgart) und Friederike Weltzien (evangelische Kirchengemeinde Obertürkheim). Die KiLAG umfasst 98 Einrichtungen der Erwachsenenbildung der fünf beteiligten Kirchen der Diözese Rottenburg-Stuttgart, der Erzdiözese Freiburg, der beiden Evangelischen Landeskirchen in Baden und in Württemberg sowie der Evangelisch-methodistischen Kirche.

Den Graben zu den Friedenskirchen überwinden

Ein Beitrag von Pfarrer i.R. Friedrich Gehring aus Backnang

Am 22. Juli 2010 fand in Stuttgart eine berührende Versöhnung zwischen den Kirchen des Luth. Weltbundes und den Mennoniten statt. Am Jahrestag der Versöhnung kam es auf Einladung der Mennoniten im Backnanger Ortsteil Sachsenweiler zu einer Konsultation, die der Aufarbeitung der Vergangenheit auf Gemeindeebene diente. Die für das Jahr 2012 versprochene Fortsetzung des Dialogs fand leider nicht statt. Dabei war die Versöhnung in einer jahrelang arbeitenden Gruppe von Experten beider Seiten vorbereitet worden. Diesen Dialog weiter zu führen wäre gerade für die lutherische Seite verheißungsvoll. Denn in der vorbereitenden Kommissionsarbeit wurden zwar lutherische Fehler eingestanden, das gute Augsburger Bekenntnis von 1530 aber von der Selbstkritik ausgespart: Dieses sei an sich gut, es sei nur zu schlimmen Zwecken missbraucht worden. Möglicherweise liegt hier der Schlüssel zur Erklärung, warum der Dialog nicht weitergeführt wurde. Denn es wird bei näherem Hinsehen nicht zu umgehen sein, auch dieses Augsburger Bekenntnis einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Die unausweichliche Forderung nach dem Kriegsdienst für die Feudalherren im Artikel 16 und die daraus resultierende Verdammung der Kriegsdienstverweigerung ist nicht mehr länger als gutes Bekenntnis darzustellen, das später in falsche Hände geriet. Dieser Artikel war der Hauptgrund, weshalb Lutheraner meinten, die Mennoniten blutig verfolgen zu müssen. In diesem Artikel wird die reformatorische Botschaft dem damaligen Feudalismus angepasst. Diese Anpassung ist nicht nur seit 1918 anachronistisch, sie war schon immer ein Verrat an der Botschaft des Friedens, den Jesus verkündet und gelebt hat. Eine versöhnte Zukunft mit den Mennoniten wird also ohne die Befreiung von der feudalistischen Anpassung des Bekenntnisses kaum gelingen. Diese Befreiung ist umso dringender, als die Folgen dieser unkritischen Unterwerfung unter gewalttätige Herrschende in der NS-Zeit furchtbare Auswirkungen hatte. Nicht nur

wurde Hitler als der von Gott gesandte Führer bejubelt, sondern am Erntedankfest 1939 auch der „schnelle Sieg“ in Polen, der Auftakt des Vernichtungskriegs, und Gott als der „Lenker der Schlachten“ angefleht: „Mögst stehen uns fernerhin bei“. Auch die Bekennenden waren mit Begeisterung dabei und haben – abgesehen von einer kleinen Gruppe um Niemöller – nie wirklich Buße dafür getan.

Wenn wir nach unserem Reformationsjubiläum 2017 bis 2025, dem Reformationsjubiläum der Friedenskirchen, Buße schaffen werden, dann wäre der große Graben überwunden.

Ein Bitt-Gottesdienst für den Frieden

Mt. 20, 20-28: Dienen statt Macht ausüben - konstruktiv streiten auf Augenhöhe!

Rosenfeld, 19.11.2017 zur Friedensdekade von Pfarrer Bernd Hofmann



Bilder sind auf der CD Gesamt Material zur Ökumenischen Friedensdekade oder bei der Berghoffoundation in Tübingen erhältlich (früher: Verein für Friedenspädagogik)

Als Predigtwort für den heutigen bundesweiten Bitt-GD für den Frieden hören wir einen sich infolge Überheblichkeit anbahnenden Streit unter Jesu Jüngern, den Jesus entschärft - überraschend anders als üblich.

Mt. 20, 20-28: Vom Herrschen und vom Dienen

Da trat zu Jesus die Mutter der Söhne des Zebedäus mit ihren Söhnen, fiel vor ihm nieder und wollte ihn um etwas bitten. Und er sprach zu ihr: Was willst du? Sie sprach zu ihm: Lass diese meine beiden Söhne sitzen in deinem Reich, einen zu deiner Rechten und den andern zu deiner Linken. -

Aber Jesus antwortete und sprach: Ihr wisst nicht, was ihr bittet. Könnt ihr den Kelch trinken, den ich trinken werde? Sie sprachen zu ihm: Ja, das können wir.

Er sprach zu ihnen: Meinen (Leidens-)Kelch werdet ihr zwar trinken, aber das Sitzen zu meiner Rechten

und Linken zu geben steht mir nicht zu. Das wird denen zuteil, für die es bestimmt ist von meinem Vater.

Als das die Zehn hörten, wurden sie unwillig über die zwei Brüder.

Aber Jesus rief sie zu sich und sprach: Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch; sondern wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener; und wer unter euch der Erste sein will, der sei euer Knecht, so wie der Menschensohn nicht gekommen ist, dass er sich dienen lasse, sondern dass er diene und gebe sein Leben als Lösegeld für viele.

Liebe Gemeinde,

warum bittet die Mutter das? Ist es ihr Mutterstolz auf ihre Söhne, die sie besonders hervorgehoben sehen möchte? - Zur Rechten und Linken Jesu sitzen hieße im Reich Gottes eine höhere und bessere Position zu haben als die andern Jünger, mit Jesus zu regieren über die Menschheit.

Wenn in einer Gruppe sich aber zwei besonders hervortun wollen - gar herrschen wollen ohne dass die Gruppe sie dazu gewählt hat, ärgert es verständlicherweise die andern.

Das ist der Anfang von Unfrieden, wenn jemand austrahlt: „Ich bin der Wichtigste, ich allein habe recht. Ich bin der Maßstab und beanspruche die Macht dafür.“

Kommt uns das nicht von einer anderen biblischen Geschichte, ja *der Urgeschichte* her bekannt vor?:

Urtypisch menschlich greifen Adam und Eva nach der Frucht am Baum, mit der die Schlange sie zur Macht verlockte und sagte: „Wenn ihr davon esst, werdet ihr sein wie Gott und alles wissen.“ (1. Mose 3,5). - Sie wollen eine **bessere Position** als die von Gott ihnen als Geschöpfen zugewiesene. Sie wollen dieselbe Macht wie Gott, neben ihm, ihm ebenbürtig. Dieser erste Streit mit Gott selbst um die Macht - Ursprung aller Streite - brachte der Menschheit nichts Gutes: nämlich Überheblichkeit, Machthunger, daraus folgend Kriege, Leid und Tod.

Normal ist es und durchaus gesund und wichtig, dass wir unsere Bedürfnisse und Interessen vertreten. Und weil sie immer wieder mit anderen Interessen konkurrieren, gibt es Konflikte. Die sind an sich auch normal und gehören zum Menschsein, Konflikte sind noch nichts Schlechtes. **Streiten** um Interessen und eine gute Sache ist erlaubt, ja sogar geboten! - Entscheidend ist, wie wir streiten, wie wir Konflikte lösen: Nämlich so, dass dabei jeder geachtet bleibt und möglichst in seinen existenziellen Bedürfnissen verstanden wird.

Also: Ich bin wichtig. Aber Du - bist *genauso* wichtig! -- Deshalb wollen wir uns von der Sache her einigen - was mehr Sinn macht für unser gemeinsames

Weiterkommen, oder wir finden einen für beide tragbaren Kompromiss, statt dass einer sich machtvoll durchsetzt. -

Mit unserer GD-Ordnung für die neue Verbundkirchengemeinde mit Isingen haben wir das fair hinbekommen; da gab es keinen Streit, weil wir auf Augenhöhe einander gleich wertgeachtet haben. Als die größere Gemeinde haben wir uns bemüht, Isingen nicht zu benachteiligen.

Jesus setzt andere Maßstäbe und bringt durch sie eine heilsame Wende in unsere Welt. Bei ihm darf niemand sich über andere stellen, bei ihm wird niemand klein gemacht! Gewalt als Durchsetzungsmittel kommt schon gar nicht in Frage. Jesus spricht von einer anderen, eigentlich viel stärkeren Autorität, die im Dienen besteht. So kehrt er den Sündenfall, wo es Adam und Eva um die höhere Macht ging, um!

Das Predigtwort inspiriert uns in Jesu Geist zum konstruktiven Streiten auf Augenhöhe:

Jesus zeigt einen **Perspektivwechsel**: „**Wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener**; und wer unter euch der Erste - vorne dran sein will, der sei euer Knecht.“ Das ist eine radikal andere Sicht. Eine ganz andere, unerwartete Rolle. Wie mag ein Streit weitergehen, in dem die Rollen so getauscht werden? Ich steige von meinem hohen Ross herunter und überhebe mich nicht, sondern diene dem anderen!

Können dann nicht beide aus den üblichen Machtspielen aussteigen und konstruktive Lösungen finden? Wenn ich bereit bin, auch dem andern den Vortritt zu lassen? -- --

Wie werde ich selbst dann gesehen, wenn ich mich ganz unerwartet anders verhalte, so wie Jesus es mir ans Herz legt? Im GD am Buß- und Betttag komm. Mittwochabend werden die Konfirmanden ein Beispiel dafür spielen!

Sich selber *zurück*zunehmen ist für viele eine Zumutung, die sie nur schwer ertragen können: „Was wäre, wenn der *andere* recht hätte und wenn ich ihm recht gäbe?“ Das jedenfalls ist ein konstruktives Streiten und der Weg zu Einigung und *Frieden*: dass ich auch die Sicht des anderen und dessen Bedürfnisse sehe und anerkenne, nicht nur immer meine Perspektive behaupte!

Ich möchte Ihnen und Euch ein paar aufschlussreiche **Karikaturen** des früheren Vereins für Friedenspädagogik - heute Berghof Foundation - in Tübingen zeigen. Sie veranschaulichen, wie ein Konflikt eskalieren, ausufern kann - oder aber wie er konstruktiv gelöst werden kann (Ausschnitt aus der vollständigen Serie in der diesjährigen „Friedens-zeitung“):

1. Sobald jede Seite nur die eigene Position für richtig hält und allein bei den anderen die Fehler und Schuld sucht, entsteht ein Schwarz-Weiß-Denken:

„Wir haben grundsätzlich recht, die andern liegen grundsätzlich falsch!“

2. Wenn dann jede Seite sich stur behauptet und über die andere erhebt, geht das Einfühlungsvermögen, die Empathie in die anderen verloren. Die Gerüchteküche kocht, man beginnt Klischees und ein negatives Bild über den andern aufzubauen.
3. Es kommt zu öffentlichen negativen Angriffen auf den Gegner, zu Verunglimpfungen. Man will seinen Gesichtsverlust, macht ihn lächerlich oder zu Schnecke und wirft ihm Verrat oder Lüge vor. Man macht sich ein Feindbild.
4. Bald kommt es zu verbalen Drohungen, Hassbotschaften. Der Streit eskaliert. Der Gegner wird nicht mehr als Mensch gesehen. Man fügt ihm zunächst begrenzte Vernichtungsschläge zu.
5. Eskaliert es weiter, dann wird die gänzliche Zerstörung des Gegners als Ziel verfolgt. Die totale Vernichtung des Gegners zum Preis der Selbstvernichtung wird in Kauf genommen. - Das passierte im 2. Weltkrieg von und mit uns Deutschen. Das passiert aber leider auch heute wieder z.B. in Selbstmordattentaten, aber auch mit Morddrohungen im Internet z.B. gegen Flüchtlingshelfer - bis hin zu realen Gewalttaten etwa an der Kölner? Bürgermeisterin, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen hatte. --

Wie kann es anders gehen? Wie kann ein Konflikt zu einer konstruktiven Lösung geführt werden? --

6. Nicht gelöst wird ein Konflikt, solange ich dem Gegner den Spiegel vorhalte und nur bei ihm, nur bei den anderen die Fehler sehe und die Schuld. Einseitige Schuldzuweisungen behindern massiv eine konstruktive Auseinandersetzung mit Konflikten.
7. Es braucht deshalb einen „Sichtwechsel“: Jede Seite muss dahinfinden, sich selbst den Spiegel vorzuhalten. Wir müssen runter von unserem überheblichen Sockel: Wo sind meine Anteile am Konflikt und seiner Eskalation? - Wir sind gemeinsam daran beteiligt, nicht bloß die anderen.
8. Auf Augenhöhe müssen wir wieder aufeinander zugehen und auch Interesse am Konfliktgegner, seiner Sicht und seinen Bedürfnissen bekommen. Empathie - Einfühlung in den Gegner ist der Schlüssel zur Lösung. Der Konfliktgegner kann in solcher Sichtweise zum Konfliktpartner werden. Jede Seite hat berechnete Bedürfnisse, die verletzt wurden. Einen Dialog braucht es - und zwar auf Augenhöhe.

Das hat eine namhafte belgische Konfliktforscherin, **Pat Patfoort** in einem Modell veranschaulicht, dem sog. Mehr-Minder-Modell:

Oft besteht ein Gefälle zwischen einer stärkeren Konfliktpartei und einer schwächeren, die sich als unterle-

gen und damit benachteiligt fühlt. Das ist bei einem Konflikt z.B. zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer so, zwischen Eltern und Kindern, aber auch zwischen Ländern. Wer sich in der Minderposition sieht, leidet darunter, denn er hat das Gefühl, als der Schwächere mit den eigenen Anliegen nicht ernstgenommen zu werden, sich nicht durchsetzen zu können.

(Frustration und Wut kommt auf. Wenn jetzt der Stärkere nicht entgegenkommt, versucht der Schwächere z.B., sich selbst aufzurüsten - siehe Nordkorea - oder aber Unterlegenen seine Stärke zu demonstrieren: Wenn ein Vater z.B. in einem Konflikt sich seinem Chef unterlegen fühlt, neigt er dazu, sein Kind oder seinen Hund zu drangsalieren. Oder er wertet die Gegenposition ab oder sogar den Gegner als *Person*. Das ist typisch z.B. für Populisten.)

Damit ein Konflikt aber konstruktiv gelöst werden kann, kommt alles darauf an, in eine **gleichwertige** Position zu kommen: Wer die größere Stärke oder Macht hat, muss von seiner *Mehrposition* herabsteigen und dem Konfliktpartner in der Minderposition möglichst ganz auf Augenhöhe begegnen: die Auseinandersetzung muss auf der gleichen Ebene geschehen und jeder die gleichen Chancen haben, seine Anliegen zu Gehör zu bringen. Die Minderpartei kann sich ihrer Ebenbürtigkeit bewusstwerden, statt sich in der Opferrolle zu sehen. Unsere Würde vor Gott kann uns darin bestärken.

Hilfreich ist auch, nicht nur die jeweiligen Sachanliegen, sondern auch die wahren Beweggründe, Ängste und Verletzungen offenzulegen. Umso tiefer kann die andere Partei sich einfühlen und die echten Bedürfnisse des anderen sehen und respektieren lernen und sie dann auch berücksichtigen.

Klar: dafür muss Vertrauen und Fairness aufgebaut und eingehalten werden.

In schwierigen Fällen kann ein neutraler Dritter, ein Vermittler - sog. Mediator - helfen, dass die Augenhöhe gewahrt wird und nicht der eine den anderen über den Tisch zieht oder sich überhebt. In diesem Dialog ist **Empathie** das entscheidende: Auch Gemeinsamkeiten kommen wieder ans Licht.

Einigung oder Kompromisse sind möglich. - Wir können gespannt sein, ob das unsere Jamaica Parteien jetzt zur Stunde bis heute Abend vollends hinkriegen! Sie und Ihr habt sicher längst gemerkt, wie nah wir nun auch von der Soziologie her an Jesu Weisheit dran sind. Er hat das schon vor 2000 Jahren ganz ähnlich formuliert in unserem Predigtwort:

„Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch; sondern wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener; und wer unter euch der Erste sein will, der sei euer Knecht“. Wer also in einer stärkeren Position ist, in einer Mehrpo-

sition, der soll herabkommen, dem in der Minderposition Diener sein, ihm also auf derselben Ebene begegnen. So braucht er keine Angst zu haben, in seiner schwächeren Position benachteiligt zu werden oder zu kurz zu kommen.

Das göttliche Argument und Beispiel zur konstruktiven Lösung aller Streitigkeiten ist der Menschensohn Jesus selbst, der *„nicht gekommen ist, dass er sich dienen lasse, sondern dass er diene und gebe sein Leben als Lösegeld für viele“*. Ja Jesus hat seine Mehrposition als Gottessohn, seine Herrlichkeit zur Rechten Gottes verlassen, um herabzusteigen und Mensch zu werden an unserer Seite - er ist sogar zum tiefsten Punkt des Menschseins im grausamen, schmerzhaften, zu frühen Tod herabgestiegen. Und genau „darum“ (Phil. 2,9), weil er sich freiwillig zu unser aller Diener gemacht hat, hat ihn Gott auch erhöht über alle Menschen. Als ihr echter Diener ist er der wahre Herr über alle Menschen.

Wer groß sein will, soll im Dienen groß sein. Auf Augenhöhe sind **konstruktive Konfliktlösungen möglich und haben Erfolg**.

Martin Niemöller sagte:

„Wer den Frieden will, muss mit dem Gegner gemeinsam leben wollen. Wir müssen Vertrauen wagen. Darum Schluss mit dem Rüsten.“ Amen

Frühjahrskonvent 2017

Europa als Friedensmacht oder als Fluchtursache?

Friedenslogische Flüchtlingspolitik

Überwindung von Fluchtursachen

Außenhandelsbeziehungen: Ist eine neue Außenpolitik nötig?

Es gibt hierzu ein Dossier das allen auf der Adressdatei des Friedenspfarramtes zugegangen ist. Es ist einsehbar unter: Friedenspfarramt.elk-wue.de → Über uns → Konvente.

Herbstkonvent 2017

Internationale Freiwilligen-Friedensdienste

Wie können Rückkehrer/Innen in die Kirchenbezirke und -gemeinden eingebunden werden?

Wie können Freiwillige für Friedensdienste gewonnen werden?

Morgens bot Herr Hinz-Rommel vom Diakonischen Werk Württemberg einen umfassenden Überblick über alle Freiwilligendienste und erläuterte dabei deren Struktur und die Bedingungen für die Freiwilligen. Auch gab er einen historischen Abriss der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Freiwilligendienste bis heute. Interessant hierbei war die parallel dargestellte Entwicklung des Wehrdienstes, insbesondere der letzten fünfzehn Jahre. Herr Hinz-Rommel hob hervor, dass die Wehrpflicht lediglich ausgesetzt sei, und verwies auf Schweden, das die Wehrpflicht wieder eingeführt habe. U.a. aus diesem Grund wäre

die Einbindung von Rückkehrer/Innen aus internationalen Freiwilligen-Friedensdiensten für die Friedensbildung eine wichtige Aufgabe. Hierbei stellt sich die Frage, wie kirchliche und zivile Träger auf junge Menschen und ihre Eltern zugehen können, d.h. wie eine Struktur geschaffen werden kann, um das Angebot der Freiwilligendienste bekannt zu machen.

Es waren ehemalige Freiwillige vom GAW, EJW, ICAN und ASF und berichteten von Ihren Erfahrungen in Russland, Äthiopien, Kolumbien und Panama. Alle Freiwilligen berichteten, dass Sie eigentlich noch nie „angefordert“ worden sind, um ihre Erfahrungen in den Gemeinden oder Schulen einbringen zu können.

Wer anwesend war, war zufrieden – aber das Ziel, Freiwilligendienste in die Breite zu tragen, konnte freilich nicht erreicht werden. Es stellt sich aber weiterhin die Frage, wie das Angebot von Freiwilligendiensten in den Schulen beworben und den Gemeinden bekannt gemacht werden kann. Außerdem soll Rückkehrer*innen verstärkt ermöglicht werden, in Gemeinden zu berichten. Könnte die Gründung einer Plattform Freiwilligendienste sinnvoll sein? 2018 will sich die EAK-Württemberg weiter mit den Fragen beschäftigen.

Veranstaltungshinweise (Auswahl)

- **Donnerstag, 25.01.2018**, 10:15 – 16:15 Uhr, **Klimagerechtigkeit - Ökumenischer Strategietag BaWü** in Karlsruhe, Paul-Gerhardt-Gemeindezentrum, Breite Str. 49A, 76135 Karlsruhe
- **Montag, 12.02.2018 Red Hand Day**
- **Pfingstmontag, 21.05.2018 Start des Staffellauf gegen Rüstungsexporte** „Frieden geht!“ in Oberndorf a.N. Beteiligung der Fachgruppe Pilgerweg an der Aktion (DFG-VK und anderen)
- **Mittwoch, 06.-08.06.2018** in Bad Herrenalb, Haus der Kirche – Evangelische Akademie Baden **Rüstungsproduktion, Waffenexporte und kirchliche Friedensethik – Kirchen, Rüstungsindustrie und Nichtregierungsorganisationen im Dialog** Akademietagung. Teilnahme auf Anfrage, Kooperation: Evang. Akademie Bad Boll, KDA Baden und Württemberg, Leitung: Pfr. Andreas Bordne, Wirtschafts- und Sozialpfarrer, Kiflemariam Gebrewold (Projektleiter „Rüstungsexporte aus Baden- Württemberg minimieren“)
- **Samstag, 07.07.2017 Pilgerfahrt Büchel (Arbeitstitel)**, gebündelter Protest aus dem Süddeutschen Raum
- **01.09. Jedes Jahr, Anti-Kriegstag**
- **21.09. Jedes Jahr, Internationaler Friedenstag**
- **Freitag, 21.09.-23.09.2018 Ökumenische Friedensgebetsgruppen in Würzburg**, Kontakt: Elisa-

beth und Lothar Nikolai, 0931883087, elisabeth.nikolai@t-online.de

- **Sonntag, 11.11.-21.11.2018, Ökumenische Friedensdekade Thema: Krieg 3.0**

Konvente der Friedensarbeit

- **Dienstag, 17.04.2018**, 09:30 – 16:30 Uhr, Frühjahrskonvent 2018 in Plochingen. **Zunahme gesellschaftlicher Spannungen – Wie kann Kirche friedensstiftend wirken und die christlichen Werte gestärkt werden?**
- **Freitag, 23-24.11.2018**, Herbstkonvent 2018 in Zusammenarbeit mit der Akademie Bad Boll und dem Virtuelles Haus „Kirche und Gesellschaft“ des Dezernat 1 des OKR als Mitveranstaltende; **„Kirche auf dem Weg des gerechten Friedens“ - Konferenz zum 100-jährigen Ende des 1. Weltkriegs mit internationalen Gästen**
- **Montag, 29. – Di, 30. 04.2019** Frühjahrskonvent 2019 im Hospitalhof und Hotel Wartburg –Evtl. Konvent mit Baden zusammen? Thema noch offen
- **Samstag, 16.11.2019**, 09:30 – 16:30 Uhr, Herbstkonvent 2019 in Plochingen



Impressum

Pfarramt für Friedensarbeit (50%)
Pfarrer Joachim Schilling
70174 Stuttgart Büchsenstr. 33, (Hospitalhof Zi. 420)
oder Postfach 10 13 52 70012 Stuttgart
Tel: 0711/229363-259 Fax: 0711/229363-344
Mail: Friedenspfarramt@elk-wue.de
www.friedenspfarramt.elk-wue.de

Für Spenden sind wir dankbar; bitte angeben:
Landesbank Baden-Württemberg
KTN: 20 30 10 2 BLZ: 600 501 01
BIC: SOLADEST 600
IBAN: DE 6360 0501 0100 0203 0102
Immer angeben: Friedenspfarramt + Spendenzweck